



THÜR. LANDTAG POST
20.05.2022 13:49

Rechtsanwaltskammer Thüringen

13030/2022

Rechtsanwaltskammer Thüringen

Thüringer Landtag
Ausschuss für Migration, Justiz und
Verbraucherschutz
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt



Ansprechpartner

Ihr Aktenzeichen

Unser Aktenzeichen

Datum
20.05.2022

**Stellungnahme zum Entwurf des Gesetzes über die juristischen Staatsprüfungen
und den juristischen Vorbereitungsdienst (ThürJAG)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst bedanke ich mich für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Entwurf des
Gesetzes über die juristischen Staatsprüfungen und den juristischen Vorbereitungsdienst
(Thüringer Juristenausbildungsgesetz - ThürJAG)

Die vom Ausschuss aufgeworfenen Fragestellungen beantworte und kommentiere ich für
die Rechtsanwaltskammer Thüringen nachstehend, soweit dies hier möglich ist, wie folgt:

**1. Wie ist die Einführung eines digitalen Prüfungsformats zu bewerten? Was sind
die Vor- und Nachteile?**

Aus Sicht der Rechtsanwaltskammer Thüringen wäre die Einführung digitaler
Prüfungsformate zu begrüßen. Die Möglichkeiten, eine Prüfung in digitaler Form
abzunehmen, entsprechen den heutigen Erwartungen an moderne Abläufe. Zu
berücksichtigen ist dabei natürlich, dass entsprechend hohe Anforderungen an die
Datensicherheit und die Verhinderung von Manipulationsversuchen gestellt werden
müssen.

Der zweifelsohne bestehende Vorteil der Erbringung von Prüfungsleistungen am PC,
besteht natürlich darin, dass damit eine Erleichterung für die Prüfer im Hinblick auf die
Lesbarkeit eintreten wird. Wesentliche Nachteile werden hier nicht gesehen.

2. Wie lässt sich bei digital erbachten Klausuren die unverfälschte Leistungsqualität sicherstellen?

Aus Sicht Rechtsanwaltskammer Thüringen ist dies eine technische Fragestellung, die nichts mit der juristischen Bewertung zu tun hat. Die Auswahl und Zurverfügungstellung der für die Erbringung der Klausuren erforderlichen technischen Ausrüstung (PC, Laptop, Tablet o.ä.), die die entsprechenden Sicherheitsmerkmale aufweist und insbesondere keinen Zugriff auf unzulässige Materialien oder sonstige Hilfestellungen ermöglicht, wären aus Sicht der Rechtsanwaltskammer Thüringen durch den Freistaat zur Verfügung zu stellen. Die Erbringung der Prüfungsleistung sollte demzufolge gleichwohl „vor Ort“ erfolgen und nicht etwa dezentral. Die Prüfungssituation muss bei der Erbringung von digitalen Klausuren mit der bisherigen vergleichbar sein.

3. Was spricht für und was spricht gegen die in § 9 Abs. 3 der Neufassung vorgesehene Gebührenpflicht für Verbesserungsversuche?

Für eine derartige Gebührenpflicht spricht sicherlich, dass es sich bei einem echten Verbesserungsversuch letztlich um ein freiwilliges Angebot handelt, welches für den Abschluss und die Erlangung einer entsprechenden Berufsqualifikation als Volljurist nach dem Deutschen Richtergesetz nicht zwingend ist und es eines solchen Verbesserungsversuches eigentlich nicht bedarf. Bei der Erhebung einer Gebühr wird der Prüfling möglicherweise stärker angehalten selbst zu reflektieren, ob er die Verbesserung für wahrscheinlich und notwendig erachtet. Die Anzahl der einzig „aufs Glück“-Vertrauenden, die sich nicht besonders auf die Nachprüfung vorbereiten, wird abnehmen.

Gegen die Erhebung von Gebühren hierfür spricht aber, dass die Möglichkeiten für eine Durchführung eines Verbesserungsversuches ohne zusätzliche Kosten für den Assessor ein Standortvorteil für den Freistaat darstellen kann. Vor diesem Hintergrund spricht sich die Rechtsanwaltskammer Thüringen gegen eine solche Vergütungspflicht aus.

4. - Nicht belegt -

5. Wie lassen sich für die Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber für den juristischen Vorbereitungsdienst in Thüringen die Erfordernisse aus dem für den öffentlichen Dienst geltenden Prinzip der persönlichen und fachlichen Eignung und die Anforderungen an die praktische Umsetzung des Grundrechts auf freie Berufswahl - Stichwort: Detailliertere gesetzliche Einstellungskriterien zur Frage der Eignung - möglichst sinnvoll miteinander vereinbaren?

6. Mit welchen zusätzlichen anderweitigen als im Gesetzentwurf genannten Maßnahmen könnte ein möglichst hohes Qualitätsniveau hinsichtlich der Geeignetheit der Bewerberinnen und Bewerber für den juristischen Vorbereitungsdienst in Thüringen sichergestellt werden?

Aus Sicht der Rechtsanwaltskammer Thüringen sind Eingriffe in die Freiheit der Berufswahl so gering wie möglich zu halten. Das Bestehen der ersten juristischen Staatsprüfung an einer Universität schafft grundsätzlich die Voraussetzungen für die Zulassung zum Referendardienst.

Die Frage der Geeignetheit der Bewerber ist aus Sicht der Rechtsanwaltskammer Thüringen auf die geringstmöglichen Zugangshürden zu beschränken. Insofern dürfen aus unserer Sicht allenfalls solche Zugangshürden bestehen, die allgemein für den Zugang zum öffentlichen Dienst/dem Beamtenstatus gelten.

Die Frage der Ausbildungsqualität stellt sich nicht erst im Bereich des Zugangs zur Referendarausbildung, sondern aus unserer Sicht bereits vorher, nämlich im Bereich der universitären Ausbildung und der dort erlangten Abschlüsse.

Hier zeigt sich unseres Erachtens ein deutlich unterschiedliches Niveau der Justizausbildungs- und Prüfungsordnungen der einzelnen Bundesländer und insbesondere auch der Möglichkeiten zur Schwerpunktbildung und der Gewichtung dieser Schwerpunktbereiche. Nach unserer Auffassung kann eine verstärkte Berücksichtigung von Schwerpunktbereichen zu einer Qualitätssteigerung aufgrund der gegebenen Vertiefung führen.

Im Hinblick auf den Zugang zum Referendardienst sollten die Zugangshürden allerdings - wie ausgeführt - unter dem Blickwinkel des Art. 12 GG, so gering wie möglich gehalten sein.

7. Inwiefern sind Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des juristischen Vorbereitungsdienstes notwendig, um die Anzahl der Bewerberinnen und Bewerber dafür in Thüringen zu erhöhen? Welche konkreten Maßnahmen wären dazu sinnvoll?

Aus Sicht der Rechtsanwaltskammer Thüringen ist ein wesentlicher Standortvorteil, den die Referendarausbildung im Freistaat Thüringen genossen hatte, durch die Beendigung der Verbeamtung der Referendare auf Zeit eingetreten. Dies korrespondiert mit der Beantwortung der Frage 10. Die Rechtsanwaltskammer Thüringen ist der Auffassung, dass die Wiedereinführung der Verbeamtung der Referendare unbedingt erforderlich ist, um die Attraktivität des Standortes Thüringen als Ausbildungsstandort für Referendarinnen und Referendare zu erhöhen. Auch im Vergleich mit anderen Bundesländern ist die Tendenz zu beobachten, dass über die Wiedereinführung der Verbeamtung der Referendarinnen und Referendare für die Dauer der Ausbildung bis hin zum zweiten Staatsexamen nachgedacht und dies zum Teil auch umgesetzt (M-V) wird. Für die Referendare, die später in den Staatsdienst wechseln bestehen Vorteile in der Stärkung der Altersversorgung, da sie keine wegen Verfehlung der 60 Beitragsmonate verfallbaren Anwartschaften in der gesetzlichen Rentenversicherung begründen. Außerdem hat die Erfahrung gezeigt, dass die Verbeamtung auf Zeit als familienfreundlich empfunden wird und damit auch Referendare anspricht, die sich während des Vorbereitungsdienstes stärker mit dem Standort verwurzeln und deshalb auch nach dem Vorbereitungsdienst in Thüringen verbleiben.

Hier setzt sich die Rechtsanwaltskammer Thüringen dringlich dafür ein, dass diese Verbeamtung in das Gesetz (wieder) aufgenommen wird.

Darüber hinaus ist die grundsätzlich erleichterte Möglichkeit einer Nebentätigkeitsgenehmigung für Referendarinnen und Referendare in den Blick zu nehmen.

Die Erfahrungsberichte aus anderen Bundesländern machen deutlich, dass ein Ausbildungsstandort auch deshalb attraktiv ist, weil Referendarinnen und Referendare während der Referendarzeit bereits in Nebentätigkeiten tätig sein können, damit einerseits weitere praktische Erfahrungen sammeln, die sich auf die Qualität der Ergebnisse positiv auswirkt, und andererseits im Hinblick auf die als deutlich zu gering empfundene Vergütung (egal ob Ausbildungsbeihilfe oder Besoldung) positive Nebeneffekte für die Referendarinnen und Referendare hat. Hinzu kommt, dass das so verdiente Geld im Regelfall auch in Thüringen wieder ausgegeben wird und daher weitere positive Nebeneffekte damit verbunden wären.

Zu berücksichtigen ist dabei natürlich, dass im Hinblick auf die Dauer der für die Nebentätigkeit aufzuwendenden Zeiten, das Ausbildungsziel nicht in den Hintergrund tritt. Grundsätzlich ist nach unserer Einschätzung die Handhabung der Nebentätigkeitspraxis in Thüringen bislang deutlich zu restriktiv, zumal zu berücksichtigen ist, dass auch die attraktiven Stellen für eine Nebentätigkeit in Thüringen eher rar gesät sind. Kommt dies mit einer restriktiven Handhabung von Nebentätigkeitsgenehmigungen zusammen, ist dies für die Attraktivität des Standortes Thüringen als Referendarausbildungsstelle nicht hilfreich.

Auch würde es helfen die wirtschaftliche Situation der Referendare zu verbessern.

8. -Nicht belegt -

9. - Nicht belegt -

10. Wie bewerten Sie im Zuge einer Reform der rechtlichen Grundlagen der Justizausbildung den Vorschlag einer Wiedereinführung der Verbeamtung auf Zeit für Rechtsreferendare während der Ausbildung?

Wie bereits zuvor festgehalten, befürwortet die Rechtsanwaltskammer Thüringen unbedingt die Wiedereinführung der Verbeamtung auf Zeit für Rechtsreferendare während der Ausbildung. Dieser erhebliche Standortvorteil wird dazu führen, dass sich die Referendanzahlen wieder erhöhen, was in der weiteren Folge zwangsläufig auch dazu führen wird, dass mehr Thüringer Absolventen für den hiesigen juristischen Markt zur Verfügung stehen und damit auch Nachwuchsschwierigkeiten im Bereich der Thüringer Justiz, der Verwaltung und der Anwaltschaft entgegengewirkt werden kann.

Im Hinblick auf die einzelnen gesetzlichen Regelungen sind aus unserer Sicht aktuell weitere Anmerkungen nicht veranlasst.

Mit freundlichen Grüßen

Präsident